

Jugend und Politik im Dialog: Empowerment durch die EU

Eva Feldmann-Wojtachnia, Barbara Tham

Vor dem Hintergrund von abnehmendem Vertrauen in die europäische Politik, zunehmenden Nationalismen und sinkender Wahlbeteiligung gilt es, die politische Legitimation durch eine aktive demokratische Beteiligungskultur vor allem in der jungen Generation zu stärken. Der Strukturierte Dialog als Kernelement der Europäischen Jugendstrategie ist ein politisches Mittel, um Jugendlichen einen Einblick in politische Entscheidungsprozesse und eine Chance zur aktiven Beteiligung an der EU-Politik zu bieten. Er stellt eine gute Möglichkeit dar, auch nicht-politikaffine Jugendliche zu erreichen und zu ihrem Empowerment beizutragen. Zentral für das Gelingen eines partizipativen Politikansatzes wie dem des Strukturierten Dialogs sind jedoch – so Eva Feldmann-Wojtachnia und Barbara Tham in ihrem Beitrag – Verbindlichkeit und ein klares Commitment der Politik. ■

Beteiligungsdefizit in der EU

Seit der Finanzkrise erlebt Europa eine Zeitenwende. Die Europäische Union (EU) hat schon lange nicht mehr nur mit den Folgen einer wirtschaftlichen Krise zu kämpfen, sondern wird auch von einer Reihe schwerer politischer Krisen gebeutelt. Der jüngste und brisanteste Ausläufer dieser Krisen ist das Brexit-Votum der Briten im Juni 2016. Populismus und neue Nationalismen in den Mitgliedstaaten, gepaart mit einem wachsenden Unmut gegenüber Brüssel und den Defiziten europäischer Politik, zeigen, wie sich der Horizont in Europa bedrohlich verändert hat.

Angesichts drängender politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten wird Europa in der Bevölkerung zunehmend mit Skepsis begegnet. Zwar empfinden sich zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger als Europäer, jedoch vertraut nur noch ein Drittel der Europäischen Union. Die Zustimmung zur EU ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken (Europäische Kommission 2016: 43,16f.). Dabei versteht sich die Europäische Union als ein „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ und unterstützt dieses mit einem eigenen Programm zur Förderung der Unionsbürgerschaft (2014–2020). Trotzdem wird Brüssel eher als bürgerfern empfunden. Es herrscht ein kollektives Empfinden von europäischer Überregulierung einerseits und Orientierungslosigkeit und Stagnation andererseits. In Deutschland hat nur noch knapp ein Drittel der Bevölkerung ein positives Bild der EU, wobei die negative Sichtweise zunimmt (Europäische Kommission 2016: 19). Mehr als die Hälfte der 16- bis 30-Jährigen in Europa befürchtet schon länger, von der Krise ausgegrenzt, sozial wie wirtschaftlich abgehängt zu werden (Europäisches Parlament 2014: 2).

Was durch den Brexit in zugespitzter Form, aber auch durch die Wahlerfolge von europaskeptischen Parteien in

anderen EU-Ländern zum Ausdruck kommt, ist kein neues Phänomen. Man denke beispielsweise an die gescheiterten Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden Mitte der 2000er Jahre, oder daran, wie der EU trotz vieler Errungenschaften im Hinblick auf die Förderung von Bürgerbeteiligung weiterhin das Image eines unpersönlichen, aufgeblähten technokratischen Apparates mit Hang zum Regulierungswahn angehängt. Dieses negative Bild besteht trotz der Versuche, die EU persönlicher und bürgernäher zu gestalten – etwa durch die Einführung von Spitzenkandidaten während der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament 2014. Die komplexen Strukturen der Union lassen vielen Menschen die Zuständigkeiten in der EU als intransparent erscheinen.

Man kann die weit verbreitete EU-Skepsis unter anderem als Symptom eines Legitimations- und Erklärungsdefizites der EU deuten, welches dazu führt, dass viele Menschen keinen Zugang zur EU-Politik finden und das Gefühl haben, ihre Meinung werde weder geschätzt noch berücksichtigt. 55 Prozent der Europäerinnen und Europäer sind der Auffassung, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt (Europäische Kommission 2016: 20). Angesichts der aktuellen Herausforderungen und der europakritischen Stimmungslage erscheint es erforderlich, die Kluft zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern zu verringern, nicht zu-



letzt um zu verhindern, dass Letztere ihre Frustration in anderer Form zum Ausdruck bringen, etwa indem sie EU-ablehrende, populistische Parteien unterstützen.

Zwar tendieren junge Menschen zu einer positiveren Einschätzung der EU als die Gesamtbevölkerung, allerdings führt diese nicht unbedingt zu einem konkreten politischen Engagement für den europäischen Einigungsprozess. Zudem fällt es ihnen schwer, ihre Interessen und Sichtweisen gegenüber den Älteren zu behaupten. Dies ist am Beispiel des Brexit-Votums deutlich erkennbar: Laut Umfragen war der Verbleib in der EU bei den jungen Wahlberechtigten unstrittiger als bei den Älteren, sie konnten sich jedoch mit ihrer pro-europäischen Einstellung nicht durchsetzen (Lord Ashcroft Polls 2016; vgl. auch den Beitrag von Steve Heckler in diesem Heft).

Politisches Interesse junger Menschen

Politisches Interesse gilt in der Partizipationsforschung als eine maßgebliche, motivationsstiftende Größe für das politische wie auch soziale Engagement junger Menschen. Generell hat das politische Interesse der Jugendlichen in den letzten Jahren zugenommen. Knapp die Hälfte der Jugendlichen interessiert sich generell oder stark für Politik (Shell 2015: 157f.). Über zwei Drittel der Jugendlichen sind mit der Demokratie prinzipiell zufrieden. Dabei ist das Vertrauen in gesellschaftliche Gruppierungen wie beispielsweise in Menschenrechts- oder Umweltschutzgruppen ebenso groß wie in offizielle Institutionen wie die Polizei, Gerichte oder die Bundesregierung (Shell 2015: 177). Allerdings fordern über 80 Prozent, dass junge Menschen in der Politik mehr zu sagen haben sollten. Über 70 Prozent sehen Wählen als Bürgerpflicht an. Letztendlich beteiligt haben sich an der letzten Bundestagswahl 2013 jedoch



Der Jugendlandtag 2015 basierte auf den regionalen Jugendkonferenzen im Rahmen des Programms „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitik im Gespräch“, die in verschiedenen Land- und Stadtkreisen stattgefunden haben. Bei allen regionalen Jugendkonferenzen wurden Delegierte bestimmt, die die Interessen in den Jugendlandtag einbringen konnten. Neben dem Landtag, dem Landesjugendring Baden-Württemberg, der LpB und dem Ring Politischer Jugend war der Jugendlandtag auch ein Projekt des Strukturierten Dialogs.

Landesjugendring
Baden-Württemberg e.V.

Tabelle 1: Wertorientierungen Jugendlicher in Bezug auf Beteiligung und Politik

Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn du einmal daran denkst, was du in deinem Leben einmal anstrebst: Wie wichtig sind dann die folgenden Dinge dann für dich persönlich?

Sich unter allen Umständen umweltbewusst zu verhalten	66%
Sozial Benachteiligten und Randgruppen zu helfen	60%
Sich politisch zu engagieren	32%

Quelle: Shell Jugendstudie 2015, eigene Darstellung (Auszug), Werte für 1–3 = „wichtig“.

nur 60 Prozent der 21- bis 24-Jährigen (Der Bundeswahlleiter 2014:105).

Dennoch ist die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, bei Jugendlichen in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Sie erachten in ihrer persönlichen Werteskala sowohl gesellschaftliches wie auch politisches Engagement als wichtig. Junge Menschen halten dies fast für ebenso bedeutsam, wie einen hohen persönlichen Lebensstandard, sich deutlich umweltbewusst zu verhalten oder sozial Benachteiligten und Randgruppen zu helfen. Bezüglich des Geschlechts gibt es leichte Unterschiede: Umweltverhalten und soziales Engagement sind tendenziell weiblichen Jugendlichen etwas wichtiger als männlichen Jugendlichen, beim politischen Engagement verhält es sich umgekehrt (Shell 2015:243, 263).

Rein formale Möglichkeiten zur Partizipation an den offiziellen politischen Strukturen reichen Jugendlichen jedoch nicht aus, um ihrem Interesse und ihrer Partizipationsbereitschaft im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft zu entsprechen. Jugendliche sehen ihr Engagement in einem größeren gesellschaftspolitischen Zusammenhang. Dies geht einher mit einer kritischen, wenngleich nicht zwingend distanzierten Einstellung gegenüber den konventionellen Formen der Politik. Ihre Kritik richtet sich an die politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten, da diese sich nach Ansicht der allermeisten Jugendlichen nicht darum kümmern, was junge Leute denken (Shell 2015: 179). Diese gefühlten Defizite seitens der Politik rechtfertigen es nicht, von einer Politikverdrossenheit Jugendlicher als solcher zu sprechen – umso weniger, wenn diese nur an der niedrigen Wahlbeteiligung festgemacht wird. Im Gegenteil, es handelt sich um eine substantielle Diskrepanz zwischen Jugend und Politik, die auch aufgrund fehlender jugendgerechter Angebote im Bereich der politischen Partizipation und nicht gelungener Kommunikation besteht. Daher wundert es nicht, dass bei dem Engagement Jugendlicher die Aktivität in zivilgesellschaftlichen Organisationen gegenüber der in politischen Organisationen deutlich überwiegt (Europäische Kommission 2015: 6ff.). Zudem nutzen junge Menschen zu ihrer politischen Artikulation und Einwirkung auf den politischen Prozess vorwiegend unkonventionelle Partizipationsformen, indem sie sich beispielsweise an Protest- und Unterschriftenaktionen beteiligen oder bestimmte Produkte boykottieren (Gaiser/de Rijke 2016).



Eine Teilnehmerin des Jugendlandtags 2015 stellt gegen Ende der zweitägigen Veranstaltung „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitik im Gespräch“ die Beschlusslage der zehn Arbeitskreise vor.

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.

Politische Repräsentation ist jedoch von der Unterstützung und Mitwirkung von Akteuren der Zivilgesellschaft abhängig, will sie sich dauerhaft Legitimation und Glaubwürdigkeit sichern. Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger benötigen einen „Resonanzboden“ bei ihren Adressaten (Diehl 2016: 13). Dies kann mit Blick auf die junge Generation nicht gelingen, wenn diese sich nicht mit den politischen Akteuren identifizieren kann, weil sie sich zu wenig ernstgenommen fühlt und keine Möglichkeiten zur direkten Einflussnahme auf die Politik erkennt. Insbesondere in Krisenzeiten sind eine solche Rückversicherung in und der Dialog mit der Bevölkerung wichtig, um nicht Populismus und Nationalismus oder einer generellen Abkoppelung von Politik Vorschub zu leisten.

Politik im Dialog

Vor dem Hintergrund der oben genannten Herausforderungen ist ein Dialog zwischen Jugendlichen und Politik in beiderseitigem Interesse. Junge Bürgerinnen und Bürger bieten der Politik neue Impulse und Perspektiven. Dies gilt für Bereiche wie die Bildungspolitik, von denen Jugendliche direkt betroffen sind, aber auch für aktuelle politische Fragen etwa solche der Flüchtlings-, Asyl- und Sicherheitspolitik. In diesen Fragen setzen junge Menschen häufig andere Schwerpunkte als ältere und tragen so zur Meinungsvielfalt in der Politik bei. Zudem sind sie es, die mit den Konsequenzen politischer Entscheidungen längerfristig leben müssen.

Auch für die beteiligten Jugendlichen ist der Dialog mit der Politik gewinnbringend und erfüllt zugleich in hohem Maße eine politische Bildungsfunktion. Im Kontakt mit den politischen Akteuren können sie ihre Anliegen und Interessen vortragen und so Politik auf direkte oder indirekte Weise

aktiv mitgestalten. Auf der lokalen Ebene ist dies ebenso von Bedeutung, wie in nationalen oder europäischen Zusammenhängen. Ein nachhaltiger und konstruktiver Dialog zwischen Jugend und Politik muss mehrere parallele Ziele balancieren und die Interessen unterschiedlicher Beteiligter berücksichtigen können. Um zu einem gelungenen Instrument der partizipativen Politikgestaltung zu werden, steht er jedoch vor folgenden Herausforderungen:

- Wie lässt sich ein Dialog zwischen Jugend und Politik „auf Augenhöhe“ führen?
- Wie lassen sich junge Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aus bildungsfernen Schichten, für politische, naturgemäß komplexe Themen wie beispielsweise die Europapolitik begeistern?
- Wie erreicht man, dass eine kurze Begegnung von Angesicht zu Angesicht zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgerinnen bzw. -trägern eine längerfristige, nachhaltige Wirkung auf die Beteiligten entfaltet?
- Wie lässt sich der Dialog einerseits offen gestalten, so dass Jugendliche ihre eigenen Anliegen und Ideen äußern und einbringen können, und andererseits fokussiert genug, um konkrete Ergebnisse zu erzielen und damit wirklich auf den politischen Entscheidungsprozess einzuwirken?
- Wie stellt man sicher, dass die Ergebnisse des Dialogs von Politikerinnen und Politikern ernst genommen werden? Braucht es hierzu eine verbindliche gesetzliche Grundlage?

Die Europäische Union hat Partizipation zum Leitmotiv ihrer Jugendpolitik erklärt und versucht, sich diesen Herausforderungen mit dem Politikansatz des Strukturierten Dialogs im Rahmen der EU-Jugendstrategie 2010–2018 (Entschließung des Rates 2009) zu stellen. Dabei kommt Partizipation eine zentrale Doppelfunktion zu: sowohl als Aufgabe wie auch als Thema der Jugendpolitik. Prioritär für die Jugendpolitik ist es, ihrer Zielgruppe Wege zur politischen Beteiligung zu eröffnen, damit sie sich in Europa äußern und verstärkt in politische Entscheidungsprozesse einbringen kann. Dieses kann nur erreicht werden, indem man jungen Menschen auf praktischer Ebene das Instrumentarium zur Beteiligung bietet, ihnen erste Erfahrungen ermöglicht und dabei ihr Feedback mit in Betracht zieht. Wichtig dabei ist, junge Menschen zu einer demokratisch-politischen Artikulation zu befähigen, um sie in die Deliberation und Entscheidungsfindung einzubeziehen. Deshalb hat die EU-Jugendpolitik nicht nur das Ziel, Beteiligung zu fördern, sondern macht Jugendpartizipation auch ganz bewusst selbst zum Thema, mit dem sich Jugendliche auf Foren und Konferenzen auseinandersetzen, zu dem Konsultationen durchgeführt und Beschlüsse verabschiedet werden.

Der Strukturierte Dialog zur Beteiligung Jugendlicher

Im Rahmen der aktuellen EU-Jugendstrategie 2010–2018 (Entschließung des Rates 2009), in der die Schwerpunkte und die Ausrichtung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa festgelegt sind, spielt der Strukturierte Dialog eine zentrale Rolle. Die EU begegnet mit diesem Politikansatz der Frage, wie Jugendliche stärker und verbindlicher in die EU-Politik einbezogen und insbesondere bei den sie betreffenden Angelegenheiten angehört werden können.

Den Grundstein für den Strukturierten Dialog legte das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (Europäische Kommission 2001), welches eine größere Teilhabe Jugendlicher am demokratischen Leben zum Ziel erhob. Ausgehend von der gescheiterten EU-Verfassung versuchte die Europäische Kommission fortan, die Lücke zwischen der offiziellen EU-Politik und deren Wahrnehmung in der Bevölkerung zu schließen. Konkretisiert wurde dies mit dem Plan D für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion (2015), um die Politik der EU transparenter und bürgernäher zu gestalten sowie die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern über einen direkteren Kontakt mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern zu ermöglichen. Hierbei sollten insbesondere junge Menschen Instrumente erhalten, „um aktiv am Entscheidungsfindungsverfahren teilzunehmen und Teilhaber des europäischen Entscheidungsprozesses zu werden“ (Mitteilung der Kommission 2005: 3). Der Strukturierte Dialog als solcher wurde 2005 vom EU-Jugendministerrat zur stärkeren und verbindlicheren Einbeziehung von Jugendlichen in die EU-Politik mit dem Ziel ins Leben gerufen, sich als Beteiligungsinstrument für Jugendliche in der EU zu etablieren (Entschließung des Rates 2005: 5). Kerngedanke dabei ist, über Online-Konsultationen und projektorientierte Dialogformate auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene den Austausch zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgerinnen sowie -trägern zu den Themen der EU-Jugendstrategie zu fördern. Auf diesem Weg sollen die Meinungen und Anliegen von Jugendlichen in Top-down- und Bottom-up-Prozessen ermittelt werden und in gebündelter Form in die Gestaltung der europäischen Jugendpolitik einfließen.

Empowerment als Thema und Wirkung des Strukturierten Dialogs

Im Zeitraum von Juli 2014 bis Dezember 2015 wurde der Strukturierte Dialog unter das Thema „Befähigung junger Menschen“ gestellt (Entschließung des Rates 2014: 4). Im Mittelpunkt standen der Zugang zu Rechten und der Stellenwert der politischen Partizipation junger Menschen, um ihre Autonomie und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu fördern. In lokalen Beteiligungsprojekten sollten vorhandene Hürden zur Beteiligung abgebaut und die Dialogkompetenz von Jugendlichen gestärkt werden. Übergeordnetes Ziel ist es, Jugendliche sowohl verstärkt in politische Entscheidungsprozesse einzubinden, als sie auch

in die Lage zu versetzen, ihre Interessen mit den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern adäquat zu diskutieren. In dieser Doppelfunktion verstärkte das Thema Empowerment junger Menschen in der EU zugleich auch die intendierte Wirkung des Strukturierten Dialogs.

Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland entspricht dieser Zielsetzung, indem sie „immer auch Aspekte der Persönlichkeitsbildung, der Wertevermittlung, der Demokratiepädagogik, der Partizipation sowie der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ (Jugend- und Familienministerkonferenz 2013) berücksichtigt sehen will. In dieser Befähigungsaufgabe spielt der Strukturierte Dialog in Deutschland – besonders in seiner Projektausrichtung – eine wesentliche Transmissionsrolle. Durch ihre Teilnahme sollen sich Jugendliche nicht nur mit den durch die EU gesetzten Themen der europäischen Jugendpolitik auseinandersetzen, sondern gleichzeitig dazu befähigt werden, eigene Standpunkte auszubilden und zu vertreten. Damit stellt der Strukturierte Dialog einen wesentlichen Beitrag zur Demokratiefähigkeit junger Menschen im Kontext europäischer Politikgestaltung dar.

Bisherige Untersuchungen zur Wirkung und Resonanz des Strukturierten Dialogs in Deutschland zeigen, dass Jugendliche Interesse am Gespräch mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern haben und politisch wirksam zu werden (Feldmann-Wojtachnia/Tham 2014, 2016)¹. Fast alle Teilnehmenden stufen es als wichtig ein, soziale und politische Themen zu diskutieren (97%) und in direkten Kontakt mit Politikerinnen und Politikern zu kommen (92%) sowie sich an politischen Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, zu beteiligen (96%) (RAY 2015/16).

Top-down-gesetzte und Bottom-up-gewählte Themen halten sich bei den Projekten des Strukturierten Dialogs insgesamt die Waage: Jugendpartizipation nimmt bei der Schwerpunktsetzung der Inhalte einen hohen Stellenwert ein. Die konkreten Konsultationsthemen der EU – wie 2015 beispielsweise Empowerment und Rechte Jugendlicher – finden ebenfalls Berücksichtigung, stehen aber in der Wahrnehmung der Jugendlichen nicht an erster Stelle.

Allen Teilnehmenden haben die Projekte des Strukturierten Dialogs Spaß gemacht (98%), die Themen wurden ihrer Ansicht nach interessant dargestellt (97%) und die Teil-

Tabelle 2: Interesse Jugendlicher an Politik

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder widersprechen ihnen?
Ich glaube, dass es für junge Menschen wichtig ist ...

	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme zu	Stimme vollkommen zu
... politische und soziale Themen zu diskutieren.	0	3%	24%	73%
... von ihrem Recht Gebrauch zu machen, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, die sie selbst betreffen.	1%	3%	26%	70%
... die Möglichkeit zu einem direkten Kontakt mit politischen Akteuren zu haben.	0	8%	29%	63%
... sich an europäischer Politik zu beteiligen.	1%	10%	42%	7%

Datenbasis: RAY MON PP 2015/16; N=165 (Teilnehmende des Strukturierten Dialogs in Deutschland).

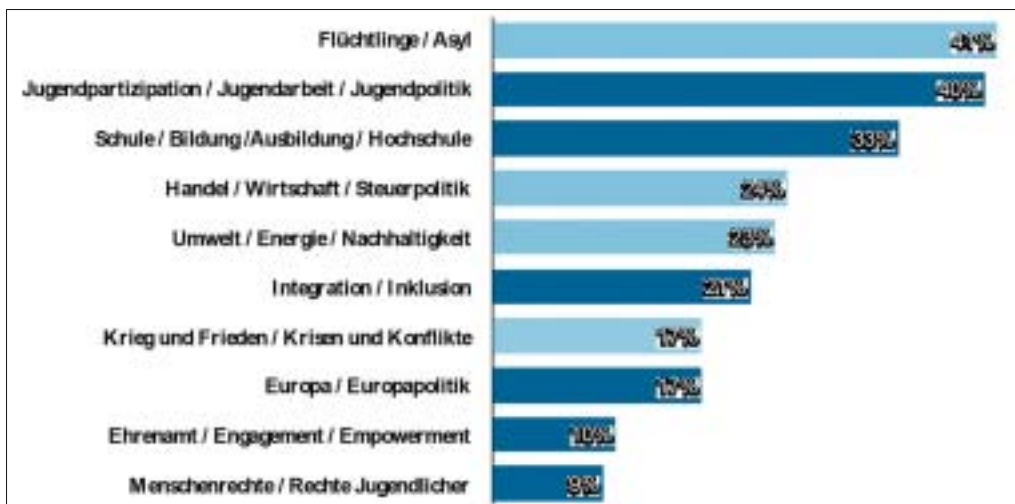


Abbildung 1: Die wichtigsten Themen in den Projekten des Strukturierten Dialogs

Quelle: CAP Online Survey 2015; N = 210, Mehrfachnennungen möglich, dunkelblau = EU-Themen, hellblau = selbstgewählte Themen.

nahme hat ihnen persönlich etwas gebracht (95%). Ebenfalls konnten nahezu alle Jugendlichen sich und ihre Ideen gut einbringen (94%) und fanden die Zusammensetzung der Teilnehmenden interessant (90%). Auch bezüglich der Ergebnisse ziehen die Jugendlichen ein positives Resümee: Eine breite Mehrheit ist voll und ganz oder teilweise zufrieden (88%) und hält den Dialog zwischen Jugendlichen und Politik für gelungen (88%). Gut ein Drittel hatte das Gefühl, dass die Anliegen der Jugendlichen von den Politikerinnen und Politikern ernst genommen wurden (72%).

Eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass politische partizipative Dialogformate wie der Strukturierte Dialog gelingen, sind zielgruppenspezifische Zugänge, die es jungen Menschen ermöglichen, sich eigenständig mit politischen Themen zu beschäftigen. Mit den in den Projekten gewählten Ansätzen und Methoden der Jugendarbeit werden Jugendliche sensibilisiert und motiviert, sich mit Politik intensiver auseinanderzusetzen. Kreative Angebote

wie Kunst, Musik, Theater etc. ermöglichen niedrigschwellige Zugänge und geben Jugendlichen die Gelegenheit, sich anders auszudrücken und einzubringen. Auf diese Weise wird die inhaltlich komplexe und abstrakte Materie auch für solche Jugendliche anschaulich und greifbar, die kaum Vorwissen mitbringen und sich sonst selten mit Politik oder spezieller mit Europa befassen. Hier eröffnet das Format des Strukturierten Dialogs oft eine erste Gelegenheit, sich mit aktuellen (europa-)politischen Fragestellungen auseinanderzusetzen und an diesen sogar aktiv mitzuwirken.

Bei der gemeinsamen Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen vereinfacht der Ansatz des Peer-Learnings den Umgang mit politischen Fragestellungen. Die zu behandelnden Themen werden in den Projekten des Strukturierten Dialogs mit dem Alltag und den Lebenswelten Jugendlicher verknüpft. Jugendgerechte Sprache sowie alltagsnahe Ansatzpunkte schaffen eine Atmosphäre, die es Ju-

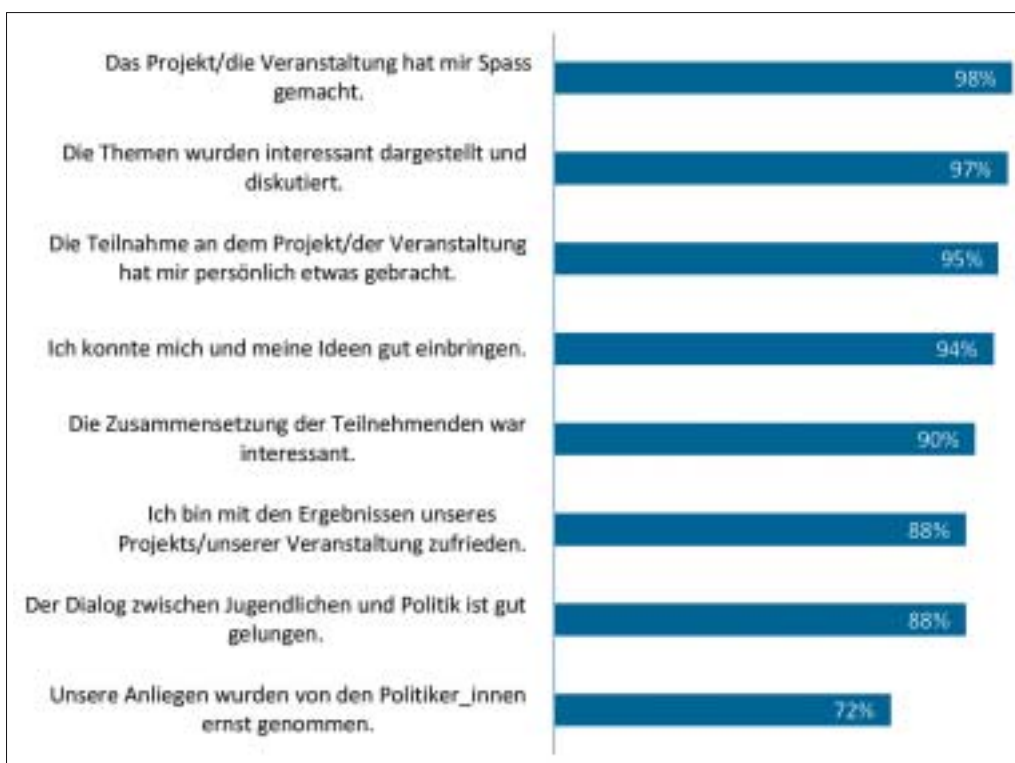


Abbildung 2: Bewertung der Projekte des Strukturierten Dialogs durch die Teilnehmenden

Quelle: CAP Online Survey zum Strukturierten Dialog in Deutschland 2015; N = 231, zusammengezogene Werte für „voll und ganz“ und „teilweise“.

gendlichen erleichtert, sich auf Politik einzulassen. Durch den partizipativen Ansatz der Jugendarbeit ist gewährleistet, dass die Interessen und Anliegen der Teilnehmenden Berücksichtigung finden und die Jugendlichen nicht überfordert werden. So werden die Inhalte und Anliegen des Strukturierten Dialogs nicht als gesetzt und fremd wahrgenommen, sondern durch persönliche und lokale Bezüge den Teilnehmenden näher gebracht. Die Vermittlungsaufgaben, die die Jugendarbeit hierbei zu leisten hat, umfassen sowohl die Erarbeitung von Sachkompetenzen als auch die Förderung von Schlüsselqualifikationen wie Kommunikations- und Kritikfähigkeit sowie andere soziale Kompetenzen.

Wichtig ist, dass die Jugendlichen im Sinne eines umfassenden Partizipationsprozesses gezielt auf die Dialoge vorbereitet werden. Verschiedene Partizipationsformen spielen in den unterschiedlichen Phasen eine Rolle: Die Jugendlichen arbeiten sich in die Themen ein, klären Sachverhalte und formulieren Handlungsbedarfe. In der Auseinandersetzung mit den anderen Teilnehmenden klären sie ihre eigenen Positionen und diskutieren über gemeinsame Anliegen und Forderungen (Artikulations- und Klärungsphase). Sie bereiten sich gemeinsam auf die Dialoge vor, stellen sich auf ihre Dialogpartnerinnen und Dialogpartner ein und lernen, sich in die Diskussionen einzubringen und für ihre Anliegen einzustehen (Deliberations- und ggf. Entscheidungsphase).

Über die konkreten Dialogveranstaltungen hinaus gelingt es auch, die Teilnehmenden grundsätzlich zu mehr Engagement und Beteiligung in Politik und Gesellschaft zu motivieren. Bei einer Befragung zu den Wirkungen ihrer Teilnahme an einem Projekt des Strukturierten Dialogs gibt die Hälfte der Jugendlichen (51%) an, dass Demokratie für sie wichtiger geworden ist. 40 Prozent nehmen nach eigener Einschätzung mehr als zuvor am demokratischen Leben teil. Über die Hälfte der teilnehmenden Jugendlichen hat etwas Neues über Jugendpolitik gelernt (59%) und zeigt sich interessiert, an deren Weiterentwicklung mitzuwirken (56%). Auch im Hinblick auf die im Strukturierten Dialog gewonnenen Schlüsselqualifikationen führen die beteiligten Jugendlichen an, dass ihre Sozial- und Bürgerkompetenzen deutlich zugenommen haben. Nahezu alle Teilnehmenden fühlen sich besser in der Lage, gemeinsame Lösungen auszuhandeln, wenn es verschiedene Standpunkte

gibt (90%). Sie sind der Auffassung, ihre Meinung besser in Diskussionen einbringen zu können (85%), politische Themen tiefgreifender diskutieren und mithilfe der gemachten Erfahrungen etwas im Sinne der Gemeinschaft oder Gesellschaft erreichen zu können (86%). Die Jugendlichen haben größtenteils positive Erfahrungen in der Teamarbeit gemacht (85%), und über zwei Drittel traut sich nunmehr eher zu, eine gute Idee zu entwickeln und praktisch umzusetzen (65%). Der Strukturierte Dialog leistet damit einen wichtigen Beitrag zur aktiven Bürgergesellschaft. Die Jugendlichen lernen zudem, wie Politik vor Ort funktioniert und wie und wo sie ihre eigenen Interessen und Anliegen einbringen können.

Diese grundlegende Sensibilisierung und Motivierung für Politik ist eine Voraussetzung dafür, dass sich Jugendliche auch für europäische Politik interessieren. Durch die Verknüpfung der Fragestellungen der EU-Jugendstrategie mit der Lebenswelt und den Alltagserfahrungen der Jugendlichen wird die Beschäftigung mit europäischen Themen ermöglicht. Diese „Erdung“ der Themen macht europäische Jugendpolitik für Jugendliche zugänglich und weckt ihr Interesse, diese auch mitzugestalten. So gibt knapp die Hälfte der Jugendlichen, die 2015/16 an einem Projekt des Strukturierten Dialogs in Deutschland teilgenommen haben, an, dass sie sich mehr als zuvor über aktuelle europäische Themen informieren (44%) und nahezu alle Beteiligten halten es für wichtig, dass sich junge Menschen an europäischer Politik beteiligen (89%) (RAY 2015/16).

Chancen und Herausforderungen des partizipativen Politikansatzes der EU

Gemäß dem Governance-Ansatz der EU (Europäische Kommission 2001b), die Bevölkerung stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden, gilt es zu klären, wie auch Jugendliche wirksamer an der Gestaltung der sie betreffenden Politik beteiligt werden könnten. Der Strukturierte Dialog erfüllt hierbei eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. In Zeiten, in denen zwar das Interesse Jugendlicher an Po-

Tabelle 3: Sozial- und Bürgerkompetenz

Durch meine Teilnahme in diesem Projekt habe ich folgende Fähigkeit(en) verbessert ...

	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme nicht zu	Stimme zu	Stimme vollkommen zu
... politische Themen tiefgreifend zu diskutieren.	2%	12%	40%	46%
... gemeinsame Lösungen auszuhandeln, wenn es verschiedene Standpunkte gibt.	2%	8%	47%	43%
... etwas im Interesse der Gemeinschaft oder Gesellschaft zu erreichen.	3%	11%	44%	42%
... im Team zusammenzuarbeiten.	3%	12%	44%	41%
... meine Meinung in Diskussionen überzeugend einzubringen.	3%	12%	55%	30%
... eine gute Idee zu entwickeln und praktisch umzusetzen.	10%	25%	41%	24%

Datenbasis: RAY PP Mon PP 2015/16; N=199 (Teilnehmende des Strukturierten Dialogs in Deutschland).

litik wieder zunimmt, Jugend und Politik sich aber immer mehr voneinander entfremdet haben und insbesondere die europäische Politik erklärungsbedürftig ist, tragen Maßnahmen des Strukturierten Dialogs dazu bei, die Kluft zwischen beiden zu verkleinern. Bei den Dialogveranstaltungen lernen nicht nur Politikerinnen und Politiker die Lebenslagen und Interessen junger Menschen besser kennen. Auch Jugendliche nehmen Politik und die Europäische Union anders wahr und entwickeln mehr Verständnis für die politische Arbeit auf den unterschiedlichen politischen Entscheidungsebenen.

Zur Stärkung der Jugendpartizipation in Europa bedarf es neben einer zivilgesellschaftlichen Beteiligungskultur mit ihren zahlreichen unkonventionellen Beteiligungsformen auch institutionalisierter Instrumente, die jungen Menschen entsprechen und durch die sie nachhaltige Erfahrungen der Selbstwirksamkeit machen können. Diejenigen Jugendlichen, die sich in den Projekten des Strukturierten Dialogs engagieren, fühlen sich von dem partizipativem Politikansatz der EU angesprochen und darin bestärkt, eine eigene politische Meinung zu bilden und zu Gehör zu bringen. Sie fühlen sich dazu befähigt, sowohl in einem europäischen wie auch im lokalen Rahmen an der Politik beteiligt zu sein. Allerdings ist der Strukturierte Dialog nur

in einem kleinen Kreis der europabezogenen Jugendarbeit bekannt und darüber hinaus wenig verbreitet.

Damit der Strukturierte Dialog tatsächlich das vorhandene Potenzial entfalten und nachhaltig zum politischen Empowerment junger Menschen beitragen kann, ist es wichtig, dass er die notwendige Unterstützung seitens der Politik erhält und in die Breite gebracht wird. Ein klares Commitment für die Anliegen des Strukturierten Dialogs ist auf allen politischen Ebenen, nicht nur bei den Akteuren der EU-Jugendpolitik notwendig, um auch tatsächlich Resonanz und Wirkung zu erzielen.

LITERATUR

- Der Bundeswahlleiter 2014 (Hrsg.): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen. Wiesbaden.
- Diehl, Paula (2016): Demokratische Repräsentation und ihre Krise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40-42/2016, S. 12-17.
- Entschließung des Rates (2005) und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten über Maßnahmen zur Berücksichtigung der Anliegen Jugendlicher in Europa – Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung eines aktiven Bürgersinns. Amtsblatt der Europäischen Union C 292 (2005), S. 5f.
- Entschließung des Rates (2009) über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018). Amtsblatt der Europäischen Union C 311 (2009), S. 1–11.
- Entschließung des Rates (2014) und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten vom 20. Mai 2014 zum Überblick über den Strukturierten Dialog einschließlich der sozialen Inklusion junger Menschen. Amtsblatt der Europäischen Union C 183 (2014), S. 1–4.
- Europäische Kommission (2001a): Neuer Schwung für die Jugend Europas. KOM 681 (2001).
- Europäische Kommission (2001b): Europäisches Regieren. Ein Weißbuch. KOM 428 (2001).
- Europäische Kommission (2015): Flash Eurobarometer 408 (2015): European Youth Report.
- Europäische Kommission (2016): Standard-Eurobarometer 85 (Frühjahr 2016).
- Europäisches Parlament (2014): European Youth in 2014: Flash Eurobarometer of the European Parliament EP EB395. Brüssel 28.04.2014.
- Feldmann-Wojtachnia, Eva/Tham, Barbara (2014): Resonanz und Wirkung des Strukturierten Dialogs. Evaluierungsbericht zur ersten Phase der Umsetzung im Rahmen der EU-Jugendstrategie in Deutschland (2010–2013). München.
- Feldmann-Wojtachnia, Eva/Tham, Barbara (2016): Mehrwert und Verstärkung des Strukturierten Dialogs. Evaluierungsbericht zur zweiten Phase der Umsetzung im Rahmen der EU-Jugendstrategie in Deutschland (2014–2015). München.
- Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Junges Politisches Engagement in Europa. Eine Analyse repräsentativer europaweiter Umfragen. Berlin 2016.
- Lord Ashcroft Polls (2016); URL: <http://lordashcrofthpolls.com/2016/06/how-the-united-kingdom-voted-and-why/> [21.10.2016].
- Mitteilung der Kommission (2005) an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion. KOM 494 (2005).
- Jugend- und Familienministerkonferenz (2013): Umlaufbeschluss vom 16. Oktober 2013, JFMK 07/2013.
- RAY (2015/16): Research-based Analysis and Monitoring of Erasmus+ Youth in Action Monitoring PP Data 2015/16. Unveröffentlichte Fragebogendaten.
- Shell Deutschland Holding (2016): 17. JUGEND 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main.

UNSERE AUTORINNEN



Eva Feldmann-Wojtachnia ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die europäische Jugendpolitik, partizipative Demokratieentwicklung, Jugendpartizipation und europäische Identität.



Dr. Barbara Tham ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die europäische Jugend- und Bildungspolitik, Jugendpartizipation sowie Einstellungsforschung zur EU.

ANMERKUNG

- 1 Die Autorinnen evaluieren im Auftrag des BMFSFJ die Projektumsetzung des Strukturierten Dialogs im Rahmen der EU-Jugendstrategie (2010–2018).

Aus: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat.

Politische Partizipation junger Menschen 4-2016, S. 256-262.